

„Gastarbeitersendungen“ und „Gastarbeiterzeitschriften“ in der Bundesrepublik (1960–1975) – ein Spiegel internationaler Spannungen

Roberto Sala

Sozialwissenschaftliche Studien über die Zuwanderung in die Bundesrepublik haben die verschiedensten Themen untersucht: soziale und volkswirtschaftliche Folgen, Ausländerpolitik (oder Zuwanderungspolitik), die „Lebenswelten“ der Migranten und anderes mehr. Diese Untersuchungen sind vorwiegend aus zeitgenössischer Perspektive und von „gegenwartsorientierten“ Disziplinen wie der Soziologie vorgelegt worden. Erst neuerdings hat die Arbeitsmigration der 1960er- und 1970er-Jahre auch aus historischer Perspektive wachsende Beachtung gefunden, wobei zahlreiche Aspekte allerdings noch kaum erforscht sind. Dazu gehören etwa das Vereinswesen, die Tätigkeit sozialer Einrichtungen für Migranten sowie die Konsequenzen der Zuwanderung in Schulen und Medien.

Die Haltung bundesdeutscher Behörden zu den Grundsatzfragen der Ausländerpolitik – d.h. Zulassung, Aufenthalt und Beschäftigung der „Gastarbeiter“ – ist verhältnismäßig gut untersucht.¹ Weniger beachtet worden ist bisher, welche politischen Orientierungen unter den Migranten vorherrschten bzw. wie unterschiedliche Akteure versuchten, diese zu beeinflussen. Es ist bekannt, dass westdeutsche Behörden die Ausländer – insbesondere italienische Kommunisten – als potenzielle Botschafter gefährlicher Ideen wahrnahmen.² Deutsche Institutionen beschränkten sich in diesem Zusammenhang nicht auf eine bloße Überwachung der politischen Einstellungen der Zuwanderer. Vielmehr

¹ Karen Schönwälder, *Einwanderung und ethnische Pluralität. Politische Entscheidungen und öffentliche Debatten in Großbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er bis zu den 1970er Jahren*, Essen 2001; Barbara Sonnenberger, *Nationale Migrationspolitik und regionale Erfahrung. Die Anfänge der Arbeitsmigration in Südhessen (1955–1967)*, Darmstadt 2003; Ulrich Herbert, *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*, München 2001.

² Vgl. Yvonne Rieker, Südländer, Ostagenten oder Westeuropäer? Die Politik der Bundesregierung und das Bild der italienischen Gastarbeiter 1955–1970, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 40 (2000), S. 231–258. Zur politischen Betätigung ausländischer Gruppierungen in den 1960er- und 1970er-Jahren sowie zur entsprechenden Reaktion deutscher Behörden läuft an der Universität Oxford ein Dissertationsprojekt von Alexander Clarkson (Arbeitstitel: „Who is my neighbour? Immigrant Politics and Cold War Conflict 1949–1974“).

wurde gezielt auf die mediale Versorgung der „Gastarbeiter“ Einfluss genommen, also auf die Hauptquellen ihrer politischen Informationen.



**Programmi
Radio
in lingua
italiana**

RADIO BAVIERA - MONACO: « *Buon giorno, Collega!* ». Ogni sabato dalle ore 9,05 alle 9,35 (primo programma).

RADIO ASSIA - FRANKFURT/MAIN: « *Buon giorno, Collega!* ». Ogni sabato dalle ore 9,05 alle 9,35 (secondo programma).

RADIO COLONIA: Ogni giorno dalle ore 19,45 alle 20,00 (primo programma).

RADIO AMBURGO: programma ripreso da Radio Colonia. Ogni giorno dalle ore 19,00 alle 19,15 (primo programma).

RADIO STOCCARDA: Programma ripreso da Radio Colonia. Ogni domenica, lunedì, mercoledì, giovedì e sabato: dalle ore 18,45 alle 19,00 (primo programma).

RADIO BADEN-BADEN: Programma ripreso da Radio Colonia. Ogni giorno dalle ore 19,45 alle 20 (secondo programma).

RADIO SAAR: « *Mezz'ora italiana* ». Ogni sabato dalle ore 19,00 alle 19,30 (UKW).

Sendezeiten der italienischsprachigen Sendungen im „Corriere d'Italia“, einer in der Bundesrepublik erscheinenden Zeitschrift (9.1.1963)

Dieser Aufsatz untersucht die Radiosendungen, die in der Bundesrepublik für die „Gastarbeiter“ in ihrer jeweiligen Nationalsprache produziert wurden. Ihre Etablierung und Entwicklung spiegelte die politischen Spaltungen des damaligen Europas wider. Als Entstehungshintergrund der so genannten „Gastarbeitersendungen“ wird daher zunächst der Propagandakrieg zwischen West und Ost dargestellt, ein wichtiger Bestandteil des Kalten Krieges. Im zweiten Teil steht das schwierige Verhältnis zwischen den bundesdeutschen Radioprogrammen für Zuwanderer und den autoritären Regimen in einigen Herkunftsländern im Mittelpunkt. Neben den Radiosendungen entstanden auch „Gastarbeiterzeitschriften“, welche wegen des marginalen Leserkreises keinen soliden Markt erschließen konnten (bis auf die türkischen Zeitungen, die sich aber erst im Laufe der 1970er-Jahre durchsetzten). Unter den Migranten diente das Radio aufgrund seiner stärkeren Verbreitung als primäre Informationsquelle und hatte somit eine größere politische Relevanz. Doch entfalteten sich um die Zeitschriften ähnliche Diskussionen wie um die Radiosendungen, wobei als Unterschied allerdings zu beachten ist, dass die Radiosender öffentlich-rechtlich, die Zeitschriften aber privatwirtschaftlich organisiert waren; daraus ergaben sich für die Politik unterschiedliche Einflussmöglichkeiten.

1. Die Medien für Zuwanderer und der Kalte Krieg

Im Herbst 1960 erreichte den Intendanten des Südwestfunks (SWF), zu diesem Zeitpunkt Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (ARD), eine Anfrage zur Einführung kurzer Sende-

zeiten für Italiener.³ Der Antrag stammte vom Deutschen Caritasverband, seit Beginn der staatlichen Anwerbung italienischer Arbeitnehmer 1956 zuständig für deren soziale Betreuung. Nach den Vorstellungen der Caritas sollten die italienischsprachigen Sendungen bei der Vermittlung relevanter sozialer Informationen behilflich sein, zumal viele italienische Migranten – damals die wichtigste Zuwanderergruppe – weitab der für sie eingerichteten Beratungsstellen wohnten. Doch die ARD reagierte ablehnend. Eine solche Betreuungsarbeit war nach der Meinung der Intendantenkonferenz nicht mit den Aufgaben der Rundfunkanstalten zu vereinbaren, welche in der „Rundfunkversorgung der deutschen Bevölkerung mit Nachrichten und Darbietungen kultureller Art“ bestünden.⁴ Man fürchtete außerdem einen Präzedenzfall, denn spanische Arbeitnehmer hatten die gleichen Probleme wie italienische und hätten ähnliche Ansprüche stellen können. In den vorangegangenen Jahren waren überdies mehrmals Sendungen für die in Westdeutschland lebenden polnischen, ukrainischen, ungarischen und russischen Minderheiten beantragt und nicht bewilligt worden. Hätte man für eine Gruppe Sendungen ausgestrahlt, wäre es nicht mehr möglich gewesen, sie den anderen zu versagen.

Etwa ein halbes Jahr später, im Juni 1961, bat die italienische staatliche Rundfunkanstalt Radiotelevisione Italiana (RAI) darum, wöchentlich ein selbstproduziertes, einstündiges Programm über die deutschen Sendestationen ausstrahlen zu dürfen.⁵ Das Programm sollte „musikalische Beiträge, allgemeine Sparten, einen Nachrichtenteil und einen Lehrgang der deutschen Sprache“ beinhalten. Auch in diesem Fall antwortete die ARD negativ: Derartige Sendungen würden einen „empfindlichen Eingriff“ in die Programmstruktur der deutschen Rundfunkanstalten bedeuten.⁶ Die ARD wies auf die Möglichkeit hin, italienische Sender in der Bundesrepublik zu empfangen, und schlug der RAI daher vor, die geplante Sendung eigenständig auszustrahlen.

Im Laufe des Sommers 1961 erhielt die Frage von Sendungen für italienische Migranten in der Bundesrepublik eine neue Bedeutung, und zwar durch die Intervention des italienischen Ministerpräsidenten Amintore Fanfani anlässlich eines Besuches in Bonn. Anfang August unterrichtete das Auswärtige Amt die ARD über die Beschwerden Fanfanis, der auf die breite Nutzung des italienischsprachigen Programms kommunistischer Sender unter italienischen

³ Deutsches Rundfunkarchiv (DRA), A06 (Systematischer Katalog der ARD-Registrierung 1945–1962) 6-35: Albert Stehlin, Vorsitzender des Deutschen Caritasverbandes, an Friedrich Bischoff, Intendant des Südwestfunks (SWF), „Sendungen für italienische Arbeiter“, Würzburg, 19.10.1960.

⁴ DRA, A06 6-35: E. Wagner, SWF, an Albert Stehlin, „Sendungen für italienische Arbeiter“, Baden-Baden, 24.11.1960.

⁵ DRA, A06 6-35: Gianfranco Zafferani, Generalsekretär der RAI, an Hans Bausch, Intendant des Süddeutschen Rundfunks (SDR) und Vorsitzender der ARD, „Betreuung der italienischen Fremdarbeiter“ [sic], Rom, 10.6.1961.

⁶ DRA, A06 6-35: Hans Bausch an Gianfranco Zafferani, ohne Betreff, Stuttgart, 28.6.1961.

Arbeitern hinwies und die mangelnde Betreuung der Migranten durch den deutschen Rundfunk kritisierte. Die italienische Seite forderte die Einführung einer italienischen Tagessendung bei den deutschen Rundfunkanstalten, was vom Auswärtigen Amt unterstützt wurde.⁷ Kurz darauf appellierte die SPD an die ARD, ein Programm für spanische Arbeiter einzuführen.⁸ Bezüglich griechischer Arbeiter erhielt die ARD wiederum eine Anfrage vom Auswärtigen Amt, das von der deutschen Botschaft in Athen über entsprechende Wünsche der griechischen Regierung unterrichtet worden war.⁹ Auch in diesen Fällen stand das Problem kommunistischer Beeinflussung der Migranten durch Programme aus dem Ostblock im Vordergrund.

Die gefürchteten Sendungen gehörten zum fremdsprachigen Auslandsprogramm, das aus Städten wie Prag, Budapest und Ost-Berlin zu politischen Zwecken für die westeuropäischen Nachbarländer in den jeweiligen Nationalsprachen ausgestrahlt wurde. In umgekehrter Richtung, aus dem Westen für das osteuropäische Ausland, agierten Sender wie Radio Free Europe oder BBC, die aber auf die Mittel „schwarzer Propaganda“ verzichteten: Sie versuchten nicht, durch falsche Angaben ihre Herkunft zu vertuschen, wie es etwa bei den „Geheimsendern“ der DDR der Fall war.¹⁰ Der so genannte „Ätherkrieg“ war ein wesentlicher Bestandteil der Propagandakämpfe zwischen Ost und West.

Die fremdsprachigen Auslandsprogramme aus dem Ostblock waren in erster Linie für die jeweiligen nationalen Sprachgruppen in ihren Heimatländern und weniger für die Migranten in der Bundesrepublik oder in anderen westeuropäischen Staaten bestimmt. Dennoch erwiesen sich die Sendungen gerade unter den Zuwanderern in Westdeutschland als sehr erfolgreich, da die Sender aus der Heimat nur schlecht oder gar nicht empfangen werden konnten. Die intensive Nutzung der kommunistischen Sendungen durch die Ausländer, die insbesondere von den zuständigen Betreuungsorganisationen festgestellt wurde,¹¹ war auch dem sorgfältig gepflegten Musikanteil geschuldet, der möglichst viele Hörer anziehen sollte.¹² Die große Reichweite stellte einen strategischen

⁷ DRA, A06 6-35: Hans Hilgard, Auswärtiges Amt (AA), an Hans Bausch, Vorsitzender der ARD, „Betreuung italienischer Arbeiter in Deutschland“, Bonn, 5.8.1961.

⁸ DRA, A06 6-35: Jürgen F. Warner, Rundfunkpolitisches Referat/Parteivorstand der SPD, an Hans Bausch, ohne Betreff, Bonn, 11.8.1961.

⁹ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA), B95 (Rundfunk, Fernsehen, Literatur), 714: Botschaft der Bundesrepublik in Athen an AA, „Betreuung der griechischen Arbeiter in Deutschland“, Athen, 8.9.1961; DRA, A06 6-35: AA an die ARD/SDR, „Betreuung griechischer Arbeiter in Deutschland“, Bonn, 18.9.1961.

¹⁰ Vgl. Jürgen Wilke/Stephan Sartoris, Radiopropaganda durch Geheimsender der DDR im Kalten Krieg, in: Jürgen Wilke (Hg.), *Pressepolitik und Propaganda. Historische Studien vom Vormärz bis zum Kalten Krieg*, Köln 1997, S. 285-332.

¹¹ Bundesarchiv Koblenz (BAK), B145 (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung) 2405: Christine Winzler, Innere Mission der evangelischen Kirche in Deutschland, an Klaus von Bismarck, Vorsitzender der ARD, 10.11.1964.

Vorteil dar, der in der Programmgestaltung kommunistischer Sendungen nicht ohne Folgen blieb. Nach bundesdeutschen Quellen wandte sich zum Beispiel die italienische Sendung von Radio Prag gelegentlich mit „unsachlichen Kommentaren“ auch an die Italiener in der Bundesrepublik, informierte per Post italienische Arbeiter des Ford-Werkes in Köln über die Sendezeiten und forderte sie auf, Grußkarten für die in Italien zurückgelassenen Familien an den Sender zu schicken, wo sie vorgelesen werden könnten.¹³

Der Süddeutsche Rundfunk (SDR), der 1961 den Vorstand der ARD übernommen hatte, lehnte die Anfragen des Auswärtigen Amtes bzw. der SPD zur Einführung von Sendungen für „Gastarbeiter“ zunächst erneut ab.¹⁴ Einzelne Rundfunkanstalten griffen jedoch selbstständig in die Angelegenheit ein. Der Westdeutsche Rundfunk (WDR) legte im September 1961 ein Memorandum vor, in dem eigene Vorschläge für ein fremdsprachiges Programm gemacht und ähnliche Pläne des Bayerischen Rundfunks (BR) sowie des Saarländischen Rundfunks (SR) erwähnt wurden.¹⁵ Der Bericht verdeutlicht, dass Griechen und Spanier von Heimatsendern kaum erreicht wurden und daher Sendungen in ihrer Sprache nur aus dem Ostblock empfangen konnten. Italiener konnten zwar nach Sonnenuntergang unter schwierigen Bedingungen die RAI hören, bevorzugten aber trotzdem den ebenso schwer zu empfangenden Sender Prag. Die aus Prag und Budapest vermittelten Nachrichten stellten laut WDR ein gravierendes Problem dar. Vor diesem Hintergrund befürworteten Industrie- und Arbeitgeberverbände, das Landesarbeitsamt sowie karitative Organisationen in Nordrhein-Westfalen ein eigenes Spezialprogramm für „Gastarbeiter“.

Beim Mauerbau im August 1961 hatte sich vor allem unter italienischen Migranten große Unruhe verbreitet. Die italienische Sendung von Radio Prag hatte gemeldet, angesichts der unbestimmten politischen Lage in Deutschland sei mit einer Schließung der bundesrepublikanischen Grenzen zu rechnen.¹⁶ In mehreren Fällen verließen Italiener ihren Arbeitsplatz, um nach Italien zurückzukehren. Vor dem Hintergrund dieser „unüberlegte[n] Abwanderungen, die den Arbeitsmarkt irritier[t]en“, wurde der Erfolg kommunistischer Sender unter den Ausländern von bundesdeutschen Institutionen spätestens zu die-

¹² BAK, B145 2405: Vermerk, „Empfang von Ostblocksendungen der ausl. Arbeitnehmer“, gez. Ackermann, 23.7.1964.

¹³ BAK, B145 6646: Eric Rotter, Italienische Redaktion des Westdeutschen Rundfunks (WDR), an Stercken, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA), ohne Betreff, 5.12.1962.

¹⁴ DRA, A06 6-35: Eberhard Klump, Persönlicher Referent des Intendanten/SDR, an Hans Hilgard, AA, „Rundfunksendungen für italienische Arbeiter in Deutschland“, Stuttgart, 10.8.1961; Hans Bausch an Jürgen F. Warner, ohne Betreff, Stuttgart, 22.8.1961.

¹⁵ Historisches Archiv des Westdeutschen Rundfunks (HA-WDR), 497: „Möglichkeiten des Rundfunk- und Fernsehempfangs für ausländische Arbeitskräfte (Eine Enquête des WDR)“, gez. Bismarck, Köln, 6.9.1961.

¹⁶ HA-WDR, 497: Fernschreiben an Joachim Freitag vom Westfalenstudio Dortmund, ohne Betreff, 12.9.1961.

sem Zeitpunkt als Gefahr wahrgenommen. Die „Ostpropaganda“ konnte nicht nur zu heiklen politischen Äußerungen der ausländischen Arbeitnehmer führen, sondern stellte auch ein greifbares Problem für den innerbetrieblichen Frieden dar. Im Oktober 1961 beschloss die ARD-Intendantenkonferenz deshalb, eine Tagessendung für Italiener ins Programm zu nehmen; für die zahlenmäßig weniger relevanten Gruppen der Spanier und Griechen wurden dagegen wöchentliche Sendungen geplant.¹⁷ Die viertelstündige tägliche Sendung in italienischer Sprache wurde ab Dezember vom WDR produziert und vom Norddeutschen Rundfunk (NDR), SDR und SWF übernommen. Das Programm sah „Nachrichten (auch Sportnachrichten) aus der italienischen Heimat, politische Nachrichten aus aller Welt, Berichte über die besondere Situation in der deutschen Arbeitswelt“ und, zur Abrundung, italienische Musik vor.¹⁸ Andere Rundfunkanstalten sendeten wöchentlich ein eigenes halbstündiges italienisches Programm. Im Februar 1962 begannen viertelstündige wöchentliche Sendungen in spanischer und griechischer Sprache, welche ebenfalls vom WDR produziert und von anderen Anstalten übernommen wurden.¹⁹

Die Einführung dieser kurzen Sendungen verringerte den politischen Druck auf die ARD nicht, sondern verstärkte ihn sogar noch. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung bewertete die Sendungen als völlig unzureichend, um den Propagandasendungen aus den Ostblockstaaten entgegenzuwirken. Die ausländischen Arbeitnehmer suchten nicht nur nach Informationen, sondern vor allem auch nach Unterhaltung, die ihnen die geschickt aufgebauten kommunistischen Programme täglich über viele Stunden lieferten.²⁰ Angesichts der weiterhin verbreiteten Nutzung der Ostblocksender durch Ausländer²¹ setzte sich das Bundesinnenministerium für eine Erweiterung der Sendungen in der Bundesrepublik ein, ohne jedoch auf die Bereitschaft der Rundfunkanstalten zu treffen.²² Parallel dazu forderte auch die türkische Regierung, die den Erfolg kommunistischer Radiosender unter türkischen Arbeitern in Westdeutschland besorgt verfolgte, türkischsprachige Pro-

¹⁷ HA-WDR, 497: Auszug aus dem Protokoll der Intendantentagung vom 26.10.1961 in Saarbrücken, „Fremdsprachige Sendungen für ausländische Arbeiter“.

¹⁸ DRA, A06 6-35: Eberhard Klump an Klassen, AA, „Rundfunksendungen für italienische Arbeiter in Deutschland“, Stuttgart, 6.11.1961.

¹⁹ Sendungen für die griechischen und spanischen Gastarbeiter, in: *FUNK-Korrespondenz* Nr. 13, 29.3.1962, S. 6f.

²⁰ BAK, B145 6644: Vermerk, „Radiosendungen für die ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik“, gez. Stercken, Bonn, 26.4.1962.

²¹ BAK, B145 6644: Ausschnitt aus *P.I.*, 2.3.1963, „Kommunistische Propaganda für Gastarbeiter“. (Um welche Zeitung es sich dabei handelt, ist dem Ausschnitt und der Akte nicht zu entnehmen.)

²² BAK, B145 6644: Der Bundesminister des Innern (BMI), i.A. Baron, an Günther Diehl, BPA, „Rundfunksendungen für ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik“, Bonn, 28.8.1962.

gramme der deutschen Rundfunkanstalten.²³ Solche Sendungen lehnte die ARD mit der Begründung ab, die Zahl türkischer Migranten sei noch zu gering.²⁴

Die Situation blieb für zwei Jahre grundsätzlich unverändert, was zu erhöhtem diplomatischem Druck auf die Bundesregierung seitens der Herkunftsländer führte. Anfang 1964 war das Problem nicht mehr zu ignorieren, da die Regierungen Griechenlands, Spaniens und der Türkei kontinuierlich und „mit großer Besorgnis auf die kommunistische Infiltration der aus der Bundesrepublik zurückgekehrten Arbeitnehmer [...] hingewiesen und dringend um Abhilfe gebeten“ hatten.²⁵ Das Bundeskabinett stellte „eine verstärkte publizistische Gegenwirkung gegen die östliche Tendenz der ausländischen Gastarbeiter als vordringliche politische Aufgabe“ heraus und verlieh seinen Forderungen neuen Nachdruck.²⁶ In diesem Zusammenhang unterrichtete die Bundesregierung die ARD über konkrete Pläne, den Deutschlandfunk (DLF) – in Kooperation mit den fremdsprachigen Redaktionsstäben der Deutschen Welle (DW) – mit täglichen dreiviertelstündigen Sendungen für jede wichtige Ausländergruppe in der Bundesrepublik zu beauftragen. Eine derartige Lösung war schon seit 1962 erwogen, aber vorerst nicht verwirklicht worden. DLF und DW waren 1960 errichtet worden, um die Bundesrepublik im Ausland darzustellen. Für die DDR und für weitere osteuropäische Länder war der DLF zuständig, die DW für die restlichen Länder, die Herkunftsländer der „Gastarbeiter“ eingeschlossen. In den Landesrundfunkanstalten war bereits vor dem Beginn der ersten fremdsprachigen Programme Ende 1961 überlegt worden, die mediale Versorgung ausländischer Arbeitnehmer dem DLF zu überlassen (und so die eigenen Kapazitäten zu entlasten).²⁷ Doch aufgrund medienpolitischer Bedenken distanzieren sich die Intendanten von dieser Überlegung und trafen die Entscheidung, eigenständig mit den Sendungen zu beginnen.²⁸

In diesem Kontext sei kurz auf die Auseinandersetzungen hingewiesen, die sich schon seit den 1950er-Jahren um die bundesdeutsche Rundfunkordnung

²³ PA, B95 715: Botschaft der Bundesrepublik in Ankara, gez. Broich, an AA, „Gefahr einer kommunistischen Beeinflussung der türkischen Arbeiter in Deutschland“, Ankara, 28.5.1962; Türkische Botschaft in Bad Godesberg an AA, „Verbal Note“, Bad Godesberg, 20.6.1962.

²⁴ PA, B95 715: Rowas, AA, an Eberhard Klumpp, ARD/SDR, „Rundfunksendungen für türkische Arbeiter in Deutschland“, Bonn, 23.7.1962; Eberhard Klump an Rowas, AA, „Rundfunksendungen für türkische Arbeiter in Deutschland“, Stuttgart, 7.8.1962.

²⁵ BAK, B145 6644: Anlage zum Schreiben des BMI vom 14.1.1964, „Vermerk über das Ergebnis der Ressortbesprechung am 10. Januar 1964 im Bundesministerium des Innern betr. Rundfunksendungen für ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland“.

²⁶ DRA, A22 (Hessischer Rundfunk: ARD-Akten der Intendanz 1954–1987) 57086: Hölzl, Staatssekretär im BMI, an Klaus von Bismarck, Vorsitzender der ARD, „Rundfunksendungen für ausländische Arbeitnehmer“, Bonn, 4.4.1964.

²⁷ DRA, A06 6-35: Hans Bausch an Jürgen F. Warner, ohne Betreff, Stuttgart, 22.8.1961.

²⁸ BAK, B145 6644: Starke, Intendant des Deutschlandfunks, an Hans-Joachim von Merckatz, Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrats und der Länder, ohne Betreff, 2.7.1962.

entfaltet hatten. Die Landesrundfunkanstalten mussten das im Grundgesetz verankerte Prinzip eines unabhängigen und föderalistisch angelegten Rundfunks gegen ständige politische Einflussversuche verteidigen. Diese kamen insbesondere von der Regierung Adenauer, die eine Kontrolle über den Rundfunk anstrebte. Die Gründung der ARD zur gemeinsamen Interessenvertretung der Rundfunkanstalten kann auch als Reaktion auf diese Eingriffe verstanden werden.²⁹ Die Konfrontation zwischen Bundesregierung und Rundfunkanstalten verschärfte sich gerade Anfang der 1960er-Jahre, als Adenauer ein zweites, jedoch vom Bund abhängiges Fernsehprogramm etablieren wollte. Der Versuch scheiterte an einer Klage der ARD vor dem Bundesverfassungsgericht. Erfolgreich war dagegen die Gründung von DLF und DW als Bundesrundfunkanstalten zur Vertretung übergeordneter Interessen der auswärtigen und „gesamtdeutschen“ Politik.

Im Gegensatz zu vielen Auslandsdiensten anderer Länder erwiesen sich DLF und DW nicht als direkte „Regierungssender“ und traten sogar als unabhängige Rundfunkanstalten der ARD bei. Dennoch hätte die Ausstrahlung von „Gastarbeitersendungen“ durch den DLF im Bundesgebiet das Inlandsmonopol der Landesrundfunkanstalten beeinträchtigt und möglicherweise den Weg für ein bundesweites, letzteren nicht unterstehendes deutsches Programm bereitet. Ferner ging es 1964 auch um die Nutzung eines neuen Kanals, dessen Einrichtung durch den Ausbau der entsprechenden Infrastruktur möglich geworden war. Der Deutschlandfunk hätte diesen Kanal verwenden können, wenn er den Auftrag für fremdsprachige inländische Programme erhalten hätte. Die Landesrundfunkanstalten hatten aber großes Interesse daran, das neue Sendernetz selbst zu betreiben, um ein „3. Programm“ einzurichten.³⁰ So stellte die Erweiterung der „Gastarbeitersendungen“, die sich aus außenpolitischen Gründen nicht mehr vermeiden ließ, auch einen Weg dar, die Übernahme des neuen Radiobetriebs durch die Landesrundfunkanstalten zu rechtfertigen. Dieser bot schließlich die Möglichkeit, alle Sendeplätze außerhalb der von fremdsprachigen Programmen belegten Zeiten frei zu gestalten.

Das Zusammentreffen von internationalen und medienpolitischen Faktoren beschleunigte den Entscheidungsprozess innerhalb der ARD: Ende Mai 1964 wurde der Bundesregierung die Bereitschaft signalisiert, die Programme für ausländische Arbeitnehmer auszubauen und zu diesem Zweck ein eigenes Sendernetz einzurichten.³¹ Ende Juli einigten sich die Landesrundfunkanstalten

²⁹ Ansgar Diller, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk, in: Jürgen Wilke (Hg.), *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1999, S. 146-166.

³⁰ Historisches Archiv des Bayerischen Rundfunks (HA-BR), Hörfunkdirektion (HF) 16817.2: Sendeleitung, „Der Weg zum 3. Hörfunkprogramm des BR unter Berücksichtigung der gebotenen Sendungen für Gastarbeiter, Verkehrshilfen und anderen Diensten“, 12.5.1964.

³¹ HA-WDR, 497: Klaus v. Bismarck, Intendant des WDR und Vorsitzender der ARD, an Hermann Höcherl, BMI, „Rundfunksendungen für ausländische Arbeitnehmer“, 27.5.1964.

über die konkrete Umsetzung der neuen Sendungen, die am 1. November begannen und für jede Sprachgruppe täglich eine Dreiviertelstunde vorsahen.³² Sie wurden als ARD-Gemeinschaftsaufgabe vom WDR und vom BR produziert und von allen weiteren Rundfunkanstalten übernommen. Das zu dieser Zeit einzige bundesweit ausgestrahlte Radioprogramm wandte sich also an Ausländer. In Köln wurden eine italienische und eine türkische Sendung produziert, in München eine spanische, eine griechische und eine weitere italienische Sendung.³³



Mario Cerza (links) und Gualtiero Guidi, italienische Redaktion beim Bayerischen Rundfunk (April 1968)

Obwohl das Ziel, kommunistischer Propaganda entgegenzuwirken, für die Entstehung der Sendungen eine entscheidende Rolle spielte, wurde es nur indirekt verfolgt. Vielmehr richtete sich die redaktionelle Arbeit vor allem nach sozialen Überlegungen. Eine aktive bzw. reaktive Propaganda passte nicht zum Stil der ARD und hätte sich möglicherweise sogar als kontraproduktiv erwie-

³² HA-WDR, 497: Klaus v. Bismarck an die ARD-Intendanten, „Sendungen für ausländische Arbeitnehmer“, Köln, 23.7.1964.

³³ Die Produktion zweier unterschiedlicher italienischer Sendungen stellte eine Anomalie im ARD-Plan dar. Weder der WDR noch der BR hatten auf die eigene schon bestehende italienische Redaktion verzichten wollen. Die italienische Sendung des BR wurde in Bayern und Baden-Württemberg ausgestrahlt, diejenige des WDR in allen übrigen Ländern.

sen. Die Schaffung eines umfassenden Programms bot viel bessere Möglichkeiten, den Ostblocksendern Hörer zu entziehen, und kam zugleich den Bedürfnissen der „Gastarbeiter“ entgegen. Im Laufe der Zeit, auch bedingt durch die relative Entspannung in der Ost-West-Konfrontation, verlor die Angst vor kommunistischer Beeinflussung an Bedeutung. Dagegen wurde dem fremdsprachigen Programm zunehmend eine sozialpolitische Funktion zugeordnet: Die Sendungen lieferten den Ausländern für sie wichtige Nachrichten und Informationen und dienten auch durch Unterhaltung als bedeutendes Mittel gegen die psychische Isolation. Die Notwendigkeit einer allgemeinen „publizistischen Betreuung“ der Migranten wurde allmählich zum zentralen Grund für die politische Legitimation der Sendungen. Dies wurde spätestens 1970 offenbar, als auch ein Programm für „Jugoslawen“ eingeführt wurde; diese hatten sich innerhalb weniger Jahre zu einer der größten Migrantengruppen entwickelt.³⁴ Das Propagandaargument ergibt bei bereits kommunistisch geprägten Zuwanderern wie den „Jugoslawen“ keinen Sinn. Die Haltung bundesdeutscher Institutionen gegenüber diesen Migranten müsste jedoch weiter untersucht werden.

Ab 1966 wurden in der Bundesrepublik auch Fernsehsendungen für Zuwanderer ausgestrahlt, jedoch nur wöchentlich oder seltener. Die täglichen Radiosendungen blieben für die Ausländer die Hauptquelle der medialen Information und Unterhaltung und zeichneten sich durch sehr hohe Einschaltquoten aus. Nach Auffassung der verantwortlichen Redakteure stellten die „Gastarbeitersendungen“ – später das „Ausländerprogramm“ – eine umfassend verstandene Dienstleistung dar und berührten, trotz der verhältnismäßig kurzen Sendezeit, viele Themenbereiche: „Nachrichten, Information über Arbeitsbedingungen (Lohn, Steuern, Termine, Gewerkschaft usw.), Alltag in Deutschland, Brücke zur Heimat, kulturelle Vergewisserung durch Musik, Unterhaltung und religiöse Ansprache“.³⁵ Die „Brücke zur Heimat“ durch Musik und Information, d.h. die Aufrechterhaltung der Beziehung zu den Herkunfts-orten, galt als vorrangige Funktion des Programms, auch im Hinblick auf eine eventuelle Rückkehr der Migranten. Ebenso wichtig war die „Orientierungshilfe für das Leben in Deutschland“³⁶ durch praktische Informationen; der Bedarf danach spiegelte sich in Tausenden von Briefen wider, in denen die Mig-

³⁴ Durch die Einführung des „jugoslawischen“ Programms sank die für jede Sprachgruppe verfügbare Sendezeit von 45 auf 40 Minuten. Im Laufe der 1970er-Jahre wurde erwogen, auch die portugiesischen Zuwanderer im Programm zu berücksichtigen. Letztlich wurde ihre Anzahl allerdings als zu gering angesehen.

³⁵ Private Schrift von Gerhard Bogner, Leiter der Abteilung Ausländerprogramm beim BR von 1964 bis 1973, „Bilanz zum Ausländerprogramm im Bayerischen Rundfunk“, Mai 2004.

³⁶ Michael Darkow/Josef Eckhardt/Gerhard Maletzke, *Massenmedien und Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt a.M. 1985, S. 49.

ranten den Redaktionen konkrete Fragen zu ihren alltäglichen Problemen stellten.³⁷

Dennoch war die Gestaltung der Sendungen nicht unproblematisch. Eine zu deutliche paternalistische „Betreuung“ durch die deutschen Rundfunkanstalten hätte bei den Ausländern Irritationen auslösen können.³⁸ Andererseits stellten die „Gastarbeiter“ eine ganz spezielle Adressatengruppe dar, deren tiefgreifende soziale Probleme nicht unbeachtet gelassen werden konnten. Vor diesem doppelten Hintergrund war es schwierig, ein journalistisch ausgewogenes Programm zu gestalten. Der verantwortliche Redakteur der griechischen Sendung fragte sich noch rund drei Jahrzehnte nach deren Entstehung, ob die Sozialberatung „wirklich zu den Aufgaben eines Radioprogramms gehört oder [ob] diese Sendung in eine Rolle hineingedrängt worden ist, weil sie zwangsläufig die Funktion eines Lückenbüßers in einer schwierigen sozialen Situation“ erhalten habe, „so ähnlich wie eine Beratungsstelle des Diakonischen Werkes“.³⁹ Die Zielsetzung der Programme änderte sich allerdings im Laufe der Jahre. Gerade die Entwicklung nach dem Anwerbestopp von 1973, als sich Migranten langfristig niederließen und ihre Familien in die Bundesrepublik nachzuziehen begannen, erforderte eine Verlagerung der inhaltlichen Schwerpunkte.⁴⁰ So verlor beispielsweise die anfangs zentrale „Orientierung“ für neu-angekommene, alleinstehende Arbeiter an Bedeutung, während die Probleme der „zweiten Generation“ in den Vordergrund rückten.

Der Kalte Krieg machte sich auch bei der Etablierung von „Gastarbeiterzeitschriften“ bemerkbar, die ein Jahrzehnt lang intensiv vom Staat gefördert wurden. Im August 1961, mitten in der Berlin-Krise, bewilligte das Bundespresseamt die Finanzierung der monatlichen Zeitschrift „Informazioni“ für Italiener.⁴¹ Ähnlich wie die Radiosendungen verfolgte „Informazioni“ in erster Linie das Ziel, kommunistische Tendenzen unter den Migranten zu bekämpfen, und wurde herausgegeben vom Deutschen Komitee im Internationalen

³⁷ Giacomo Maturi, in den 1960er- und 1970er-Jahren zuständig für die Hörerbriefe bei der italienischen Sendung des WDR, schätzt, dass innerhalb seiner etwa 20-jährigen Tätigkeit 50.000 bis 60.000 Briefe an die Redaktion eingingen. Diese wurden alle schriftlich beantwortet; ein Teil diente im Rahmen der Sendungen als Grundlage für eine Rubrik zu sozialrechtlichen Fragen. Interview des Autors mit Giacomo Maturi, Villa Simius, 14. und 16.5.2004.

³⁸ Vgl. Gerhard Bogner, Ausländerprogramm – nur ein leidiges Problem? Brücke zur Heimat und zum Leben in Deutschland, in: *Epd/Kirche und Rundfunk*, Nr. 39, 1.11.1972, S. 1-4.

³⁹ Kostas Petroyannis, Was bin ich: mehr Journalist oder mehr Sozialberater?, in: Bayerischer Rundfunk (Hg.), *Die Ausländerprogramme im Bayerischen Rundfunk von 1961 bis 1991*, zusammengestellt von Helge Duda, München 1992, S. 20f.

⁴⁰ HA-WDR, 11721: Dr. Peter Kramer, „Grundsätzliche Überlegungen zur inhaltlichen Umgestaltung der Gastarbeiter-Programme“, 23.4.1975.

⁴¹ BAK, B145 6640: Fritz Cramer, Deutsches Komitee im Internationalen Komitee für Information und soziale Aktion – Volksbund für Freiheit und Frieden E.V. (CIAS), an Werner Krüger, BPA, „Italienische Zeitschrift ‚INFORMAZIONI‘“, Bonn, 8.8.1961; Custodis, BPA, an Fritz Cramer, CIAS, „Italienische Zeitschrift ‚INFORMAZIONI‘“, 21.8.1961.

Komitee für Information und soziale Aktion, besser bekannt als Volksbund für Freiheit und Frieden (VFF). Die Beteiligung des Bundespresseamtes und des VFF in der Frage der Presse für Zuwanderer ist von entscheidender Bedeutung; sie stellte eine aktive westdeutsche Kampagne gegen kommunistische Einflüsse unter den „Gastarbeitern“ auch ohne diplomatischen Druck von außen dar.

In den 1950er- und 1960er-Jahren war das Bundespresseamt eine von vielen Seiten kritisierte Regierungsbehörde, da es eine besondere Art „staatlicher Öffentlichkeitsarbeit“ bezweckte: antikommunistische Propaganda für die bundesdeutsche Bevölkerung.⁴² Dabei bediente sich das Bundespresseamt der Mitarbeit zahlreicher privater Organisationen, zu denen auch der VFF zählte, und finanzierte sie mit einem Geheimfonds. Für die Bundesregierung hatte diese Verlagerung der Propagandatätigkeit den Vorteil, im Falle internationaler Kritik die Verantwortung von sich weisen zu können. Der VFF gehörte dabei zu den umstrittensten antikommunistischen Gruppierungen.⁴³ Sein Begründer Eberhard Taubert war zur Zeit des Nationalsozialismus im Propagandaministerium beschäftigt gewesen und hatte gleichzeitig die „Antikomintern“ geleitet. Wie später der VFF hatte diese Organisation einen privaten Status erhalten, aber im Auftrag des Staates Propaganda gegen den „Bolschewismus“ betrieben.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht weiter erstaunlich, dass die antikommunistische Linie bei „Informazioni“ im Vordergrund stand. Das Bundespresseamt war damit interessanterweise nicht einverstanden, da die „stark betriebene antikommunistische Propaganda oft nur das Gegenteil erreicht haben dürfte“.⁴⁴ Auch wegen der Konkurrenz zweier weiterer italienischsprachiger Blätter in der Bundesrepublik war die Zeitschrift wenig erfolgreich. Eine Konzentration der Zeitschriften schien dem Bundespresseamt zweckmäßiger zu sein, so dass die Zuwendungen an „Informazioni“ eingestellt wurden und ab Januar 1963 dem von italienischen Priestern in Frankfurt herausgegebenen „Corriere d'Italia“ zugute kamen. Aus Sicht des Bundespresseamts arbeitete jenes „Blatt kirchlich-katholischer Richtung durchaus im Sinne der Bundesregierung, jedoch ohne die gerechtfertigten Forderungen der italienischen Arbeiter zu übersehen“.⁴⁵ Immerhin war die Voraussetzung der Finanzierung nach wie vor politischer Art: Im Mittelpunkt stand die „verstärkt[e] kommunistisch[e] Propagandatätigkeit (Sendungen von Radio Prag und des Rund-

⁴² Michael Kunczik, Öffentlichkeitsarbeit, in: Wilke, *Mediengeschichte* (Anm. 29), S. 545-569.

⁴³ Mathias Friedel, *Der Volksbund für Frieden und Freiheit (VFF). Eine Teiluntersuchung über westdeutsche antikommunistische Propaganda im Kalten Krieg und deren Wurzeln im Nationalsozialismus*, St. Augustin 2001.

⁴⁴ BAK, B145 6640: Vermerk, „Unterstützung der Zeitschrift INFORMAZIONI“, gez. Gerhard, Bonn, 6.12.1961.

⁴⁵ BAK, B145 2405: Genehmigungsverfügung, „Förderung der italienischen Arbeiterzeitung ‚Il Corriere d'Italia‘“, Bonn, 24.1.1963.

funks der SBZ, Verbreitung illegaler Schriften in den Betrieben), der der CORRIERE D'ITALIA unter Berücksichtigung auch der besonderen Interessen der Bundesrepublik in geeigneter Weise entgegenwirkt[e]“.⁴⁶

In einem ähnlichen Kontext beschloss das Bundespresseamt 1963, für spanische „Gastarbeiter“ anstelle des vom VFF herausgegebenen „El Informador“ die kirchlich orientierte und von Spaniern produzierte „Vida Nueva“ zu finanzieren.⁴⁷ Der VFF blieb jedoch im Spiel. Nach Angaben des Bundespresseamts gab es keine „kirchliche oder berufsständische Organisation“, die ähnlich wie bei Italienern und Spaniern an der Herausgabe einer Zeitschrift für Griechen interessiert war.⁴⁸ Deshalb erhielt der VFF Ende 1962 den Auftrag, das griechischsprachige Blatt „I Elliniki“ zu veröffentlichen.⁴⁹ Im Frühjahr 1963 kam die türkischsprachige Zeitschrift „Anadolu“ unter Mitarbeit eines türkischen Journalisten dazu.⁵⁰ Die Kritik des Bundespresseamtes an der allzu starken antikommunistischen Prägung der „Informazioni“ hatte aber ihre Folgen für die inhaltliche Ausrichtung der neuen Zeitschriften. So erläuterte der VFF zum Erscheinen von „I Elliniki“: „Die Zeitung ist dazu bestimmt, die griechischen Gastarbeiter zu informieren und möglichen kommunistischen Einflüssen vorzubeugen bzw. entgegenzutreten. Diese Tendenz wird jedoch nur in vorsichtiger Form in Erscheinung treten, da gute Information und die Beschäftigung mit den Tagessorgen der Gastarbeiter die beste Aufklärung sind.“⁵¹

1967 geriet der VFF in eine tiefe Krise, da sich die Große Koalition allmählich vom staatlich geförderten Antikommunismus verabschiedete.⁵² Sowohl „I Elliniki“ als auch „Anadolu“ wurden von einem privaten deutschen Verlag übernommen, der kurz darauf noch die spanischsprachige Zeitung „El Emigrante“ herausgab.⁵³ So wurde auch bei der staatlichen Finanzierung von „Gastarbeiterzeitschriften“, wie bei den Radiosendungen, der sozialen Betreuung der Migranten Priorität eingeräumt. Gerade im Kontext sozialpolitischer

⁴⁶ BAK, B145 2405: Genehmigungsverfügung, „Förderung der Wochenzeitung für italienische Gastarbeiter CORRIERE D'ITALIA“, Bonn, 26.2.1964.

⁴⁷ BAK, B145 6642: Genehmigungsverfügung, „Förderung der spanischen Zeitung VIDA NUEVA für die spanischen Arbeitnehmer“, Bonn, 22.4.1963.

⁴⁸ BAK, B145 6640: Vermerk, „Beteiligung von CIAS an der Herausgabe von Zeitschriften für ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik“, Bonn, 9.11.1962.

⁴⁹ BAK, B145 2404: Genehmigungsverfügung, „Herausgabe einer Zeitung für griechische Gastarbeiter durch CIAS“, Bonn, 17.8.1962.

⁵⁰ BAK, B145 2405: Genehmigungsverfügung, „Herausgabe einer türkischen Zeitung für Gastarbeiter durch CIAS und den türkischen Journalisten Olcayto“, Bonn, 20.3.1963.

⁵¹ BAK, B145 2404: Fritz Cramer, CIAS, Rundschreiben, „Zeitung ‚I ELLINIKI‘ für griechische Gastarbeiter in der Bundesrepublik“, Bonn, 30.12.1962.

⁵² Friedel, *Der Volksbund* (Anm. 43), S. 160f. Der VFF änderte 1970 seinen Namen in „Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft“ um und konzentrierte sich auf eine nicht offensichtlich antikommunistisch geprägte Öffentlichkeitsarbeit.

⁵³ BAK, B145 6638: Mueller-Thuns, BPA, an Hämmerle, CIAS, „Herausgabe der Gastarbeiterzeitungen ANADOLU und I ELLINIKI“, 20.6.1967.

Überlegungen entschied 1970 das Bundespresseamt im Einvernehmen mit dem Bundesarbeitsministerium, die bislang finanzierten Zeitschriften nicht weiter zu unterstützen.⁵⁴ Eine empirische Studie hatte deren geringen Erfolg unter den „Gastarbeitern“ gezeigt, die vor allem Radio, Fernsehen und Kino nutzten.⁵⁵ Die „publizistische Betreuung“ der Zuwanderer sollte sich gemäß der neuen Konzeption auf letztgenannte Medien konzentrieren. Allerdings verzichtete man nicht völlig auf schriftliche Informationen; eine vierteljährlich erscheinende Illustrierte des Bundesarbeitsministeriums ging auf soziale und rechtliche Fragen und die Arbeitswelt ein.⁵⁶ Die Aufgabe, das Blatt „Arbeitsplatz Deutschland“ unter Aufsicht von Arbeitsbehörden, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften in mehreren Sprachen herzustellen, erhielt ein Italiener, der unter anderem bei der italienischen Sendung des WDR sowie als Integrationsexperte für „Südländer“ bei Ford gearbeitet hatte.⁵⁷ Die Presse für Migranten entwickelte sich später unabhängig von staatlicher Förderung. Von den zahlreichen gegründeten Zeitschriften hatten allerdings nur türkischsprachige Zeitungen langfristig eine solide Grundlage.

2. Das schwierige Verhältnis zu den autoritären Regimen in den Herkunftsländern

Die politischen Spaltungen Europas, welche die für „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik bestimmten Medien prägten, folgten nicht nur den Konfliktlinien zwischen West und Ost. Während der Hauptphase der europäischen Arbeitsmigration wurden die meisten Herkunftsländer, bis auf Italien, zumindest für eine gewisse Zeit von autoritären Regimen regiert. Die grundsätzlich liberalen Verhältnisse in Westdeutschland standen im Widerspruch zur politischen Lage in Spanien, Griechenland, Jugoslawien und der Türkei. Auf zwischenstaatlicher Ebene und auch innerhalb der Bundesrepublik entwickelten sich hierdurch schwerwiegende Spannungen. Dies begann mit der staatlichen Finanzierung einer spanischen „Gastarbeiterzeitschrift“. Die 1963 durch das Bundespresseamt bewilligte Förderung von „Vida Nueva“ wurde im Einvernehmen mit der spanischen Botschaft nicht ausgezahlt, da die Zeitschrift es

⁵⁴ BAK, B145 6635: Conrad Ahlers, Chef des BPA, an Walter Arendt, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (BMA), „Gastarbeiterzeitungen“, 13.11.1970.

⁵⁵ BAK, B145 6635: Vermerk, gez. Mueller-Thuns, „Publizistische Betreuung ausländischer Arbeitnehmer; Bezug: Besprechung im BMA am 29.9.70“, Bonn, 7.10.1970.

⁵⁶ Vgl. BAK, B145 6635: Vermerk, gez. Mueller-Thuns, „Publizistische Betreuung ausländischer Arbeitnehmer“, Bonn, 16.4.1971.

⁵⁷ Interview des Autors mit Giacomo Maturi, Villa Simius, 14. und 16.5.2004. „Arbeitsplatz Deutschland“ erschien auf Türkisch, Italienisch, Spanisch, Griechisch, Serbokroatisch, Portugiesisch und Deutsch (bis 1994).

sich überraschend „zur Hauptaufgabe gemacht [hatte], das Mißbehagen des in Deutschland lebenden Spaniers durch ständiges Betonen der Schwierigkeiten, des deutschen Unverständnisses für die spanische Mentalität sowie der Herausstellung unfreundlicher deutscher Äußerungen über das Verhalten hier lebender Spanier zu steigern“.⁵⁸ Anstelle von „Vida Nueva“ wurde die Zeitschrift „7 Fechas“ unterstützt, die der falangistischen Bewegung nahestand. Zunächst erregte diese politische Orientierung bei den deutschen Behörden offenbar keine Besorgnis.

Binnen kurzem verwickelte sich „7 Fechas“ jedoch in einen Streit mit zwei vom DGB und der IG Metall für spanische Mitglieder kostenlos verteilten Informationsblättern, „Grito“ und „El Noticiero“. Beide Publikationen wurden wegen ihrer kritischen Haltung gegenüber der spanischen Regierung von „7 Fechas“ hart angegriffen, wobei auch behauptet wurde, die Gewerkschaften seien kommunistisch infiltriert und würden „das Spiel der Kommunisten treiben“.⁵⁹ Der SPD-Politiker Hans Matthöfer brachte zu dieser Angelegenheit eine Anfrage in den Bundestag ein, was zur raschen Einstellung jeglicher Bundesfinanzierung von „7 Fechas“ führte.⁶⁰ Als „Gegenleistung“ forderte das Bundespresseamt, dass beide gewerkschaftlichen Blätter „sich in ihrer Kampagne gegen die Regierung eines Landes, zu dem wir freundschaftliche diplomatische Beziehungen unterhalten, mäßigen“ sollten.⁶¹

Durch die in der Bundesrepublik produzierten fremdsprachigen Medien wurden die diplomatischen Beziehungen zunehmend belastet. Als konfliktträchtig erwiesen sich in erster Linie die „Gastarbeitersendungen“ für Griechen und Spanier, die vom BR produziert wurden. Nach dem Putsch der Obristen in Athen (April 1967) wurde in der griechischen Sendung scharfe Kritik an der neuen Diktatur geäußert.⁶² In der spanischen Sendung häuften sich ebenfalls vom Franco-Regime nicht erwünschte Nachrichten bzw. missbilligende Bemerkungen, zunächst in einer etwas vorsichtigeren Form.⁶³ Verantwortlich für die Sendungen waren der Grieche Pavlos Bakojannis sowie die Spanier Manuel Moral und José Moll Marqués.⁶⁴ Sie versuchten den freiheitli-

⁵⁸ BAK, B145 6642: Vermerk, gez. Bayer, „Förderung einer Zeitung für spanische Arbeitnehmer in Deutschland“, Bonn, 28.10.1963.

⁵⁹ BAK, B145 6642: Vermerk, gez. Bayer, ohne Betreff, Bonn, 18.6.1965.

⁶⁰ BAK, B145 6642: Von Hase, Staatssekretär BPA, an Hans Matthöfer, MdB, ohne Betreff, 16.6.1965.

⁶¹ BAK, B145 6642: Vermerk, gez. Diehl, „Siete Fechas“, Bonn, 25.6.1965.

⁶² Vgl. Bayerischer Rundfunk, *Die Ausländerprogramme* (Anm. 40), S. 42f.

⁶³ BAK, B145 6644: Vermerk, gez. Freibüter, „Gastarbeitersendungen im Bayerischen Rundfunk“, Bonn, 22.7.1969.

⁶⁴ Es kann hier nur kurz angedeutet werden, dass sich die spanischen und griechischen BR-Mitarbeiter auch außerhalb des Rundfunks im demokratischen Sinne engagierten. Moral und Moll Marqués wirkten beispielsweise an der Zeitschrift „Exprés Español“ mit, die Hans Matthöfer 1970 gemeinsam mit im Exil lebenden spanischen Sozialisten gegründet hatte.

chen Gedanken unter den Migranten zu verbreiten, nicht zuletzt in der Hoffnung, zum Demokratisierungsprozess in der Heimat beizutragen.

Für die griechische und die spanische Regierung waren derartige Vorstöße inakzeptabel. Griechische und spanische Behörden stellten innerhalb kurzer Zeit die bislang bestehende Zusammenarbeit mit dem BR ein, der alle Beschwerden zurückgewiesen hatte. Bald verlangten die diplomatischen Vertretungen Spaniens und Griechenlands von der Bundesregierung, Maßnahmen gegen die Sendungen einzuleiten. So schrieb etwa die spanische Botschaft, sie stelle es „in das Ermessen der deutschen Behörden [...], die in dieser Angelegenheit möglichen Schritte zu erwägen: Denn es geht hier nicht um die Freiheit der Information, sondern um eine politische Kampagne, um einen Eingriff in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes und um Verleumdungen und Beschimpfungen einer befreundeten Nation und ihres Staatsoberhauptes.“⁶⁵



Mitarbeiter der Ausländerabteilung des Bayerischen Rundfunks im November 1965; v.l.n.r. stehend: Pavlos Bakojannis, Gualtiero Guidi, Sandra Diedrich, Assimakis Hatzinikolaou, Manuel Moral; sitzend: Rena Kapojanni, Charo Navascués

Die Bundesregierung geriet in eine schwierige Lage. Wie bereits erwähnt, hatten ihre Einflussversuche auf den Rundfunk stets zu Kontroversen mit der ARD geführt, die das Prinzip der Unabhängigkeit der Rundfunkanstalten ent-

⁶⁵ PA, B85 (Sozialwesen) 1881: Spanische Botschaft an AA, Verbalnote Nr. 204, Bonn, 19.9.1968.

schieden verteidigt hatte. Die Beschwerden Spaniens und Griechenlands unbeachtet zu lassen kam jedoch auch nicht in Frage, da man schwerwiegende außenpolitische und wirtschaftliche Folgen befürchtete. Die Bundesregierung setzte die Verantwortlichen des BR unter Druck und machte sie darauf aufmerksam, dass es nicht im deutschen Interesse liege, „den innenpolitischen Streit anderer Länder auf das Gebiet der Bundesrepublik zu übertragen“.⁶⁶ Ab 1968 wurden Gerhard Bogner, Leiter des Ausländerprogramms beim BR, und seine ausländischen Mitarbeiter mehrmals ins Auswärtige Amt zitiert und darum gebeten, den kritischen Ton der Sendungen zu mäßigen.⁶⁷ Dabei wiesen die Diplomaten auf die außen-, sicherheitspolitischen und auch wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik hin: Insbesondere wurden die Rolle Griechenlands innerhalb der NATO und die Verhandlungen über die Einführung des deutschen Farbfernsehensystems PAL in Spanien erwähnt. Bogner verteidigte daraufhin die Tätigkeit seiner ausländischen Mitarbeiter und betonte, dass er wegen der politischen Verfolgung seines Vaters durch den NS-Staat die Gräueltaten eines diktatorischen Systems persönlich erfahren habe. Es sei für ihn eine Pflicht, die Ausländer in Deutschland objektiv, d.h. im demokratischen Sinne, über die Lage in ihrer Heimat zu unterrichten.

Bis 1972 beharrten die Sender auf ihrer Linie. Der Druck auf den BR wurde jedoch massiver und kam aus allen Richtungen.⁶⁸ Bundesdeutsche Politiker und Wirtschaftsvertreter unterstützten öffentlich die Beschwerden der ausländischen Regierungen.⁶⁹ Drohbriefe waren Alltag, Bakojannis wurde der Pass entzogen, die Presseorgane und die Behörden in Griechenland und Spanien sowie die Botschaften in der Bundesrepublik griffen das fremdsprachige Programm des BR offen an. Falangistische Zeitungen beispielsweise beschimpften die spanische Sendung mit Hinweis auf ihre vermeintlich kommunistische Tendenz als „Radio Pankow“ bzw. „Radio Cohn-Bendit“. Paradoxerweise wurden somit Sendungen, die eine Reaktion auf kommunistische Propaganda dargestellt hatten, als kommunistisch zu diskreditieren versucht.⁷⁰

⁶⁶ BAK, B145 6644: AA im Durchdruck an BPA, z.Hd. Ferdinand, gez. Hansen, Aufzeichnung, „Sendungen des Bayerischen Rundfunks für griechische und spanische Gastarbeiter; hier: Sprechzettel für ein Gespräch des Herrn Parlamentarischen Staatssekretärs mit dem Abteilungsleiter für das Gastarbeiterprogramm, Herrn Gerhard Bogner“, Bonn, 28.2.1969.

⁶⁷ PA, B85 1881: Referat V 6, Vermerk, „Rundfunksendungen für ausländische Arbeitnehmer; hier: Referat von Herrn Bogner am 25.6.1968“, Bonn, 6.7.1968; AA an die Deutsche Botschaft in Athen und an die Deutsche Botschaft in Madrid, gez. Staden, „Gastarbeitersendungen des Bayerischen Rundfunks; hier: Gespräch des Herrn Parlamentarischen Staatssekretärs mit dem Abteilungsleiter des Gastarbeiterprogramms, Herrn Gerhard Bogner“, Bonn, 8.5.1969; BAK, B145 6645: AA an Deutsche Botschaft Athen, „Gastarbeitersendungen des Bayerischen Rundfunks; Gespräch des Herrn Parlamentarischen Staatssekretärs mit dem Abteilungsleiter des Gastarbeiterprogramms des Bayerischen Rundfunks, Herrn Gerhard Bogner, am 22. Juli 1970“, Bonn, 30.7.1970.

⁶⁸ Vgl. Bayerischer Rundfunk, *Die Ausländerprogramme* (Anm. 39), S. 61-114.

⁶⁹ Vgl. Otto Köhler, „Radio Cohn-Bendit“, in: *Spiegel*, 21.4.1969, S. 202.

Da die Beschwerden der spanischen und griechischen Botschaft weiter zunahmen, wurde die Bundesregierung in ihren Forderungen gegenüber dem BR deutlicher. Auch die Bildung einer sozial-liberalen Regierung mit Willy Brandt als Bundeskanzler Ende 1969 führte hierbei zu keiner Änderung. Paul Frank, Staatssekretär des Auswärtigen Amts, wies 1971 den BR-Intendanten Christian Wallenreiter ausdrücklich darauf hin, dass „die griechischsprachigen Sendungen des Bayerischen Rundfunks für die Bundesrepublik Deutschland beträchtlichen außenpolitischen und auch wirtschaftlichen Schaden verursacht“ hätten. Tatsächlich hatte sich die verärgerte griechische Regierung entschieden, vorläufig keine staatlichen Aufträge mehr an deutsche Firmen zu vergeben.⁷¹ Wallenreiter, bei dem auch schon der bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel vorgesprochen hatte, veranlasste Mitte 1971 eine partielle Umstrukturierung des Ausländerprogramms. Die politischen Kommentare, die im Mittelpunkt der Kritik standen, wurden eingeschränkt und zum Teil durch eine Presseschau ersetzt.⁷² Dennoch verlangten weder Wallenreiter noch Hörfunkdirektor Walter von Cube eine grundsätzliche Änderung der kritischen Perspektive der spanischen und griechischen Sendungen und verteidigten gegenüber der Bundesregierung die freie Meinungsäußerung auch für ausländische Journalisten.⁷³ Noch im Frühjahr 1972 sagte Manuel Moral im spanischen Programm mit aller Deutlichkeit: „Das Spanien des Generals Franco nennt sich gerne einen Rechtsstaat und reagiert sehr empfindlich, wenn man seine Rechtsstaatlichkeit in Zweifel zieht. Streikende Arbeiter werden erschossen, demonstrierende Akademiker brutal geschlagen, Journalisten zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt und dem Informationsministerium nicht genehme Zeitungsverleger wirtschaftlich ruiniert. Oppositionelle werden strafrechtlich wie Kriminelle behandelt, denn – so lautet die etwas zynische Erklärung des Justizministers – in Spanien bestehe eben Gleichheit vor dem Gesetz. Priester, die sich sozial engagieren, werden eingekerkert, denn – so die Erklärung des katholischen spanischen Staates – sie vergäßen ihre evangelische Aufgabe und betrieben illegale Propaganda. [...] Der Staat des Generals Franco hat die Macht, den Begriff seiner Rechtsstaatlichkeit nach eigenen Maßstäben zu bestimmen. Ob diese Rechtsstaatlichkeit, die aus Recht Willkür macht, überzeugt, das ist eine andere Frage, die in jedem echten Rechtsstaat nur negativ beantwortet werden kann.“⁷⁴

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ BAK, B145 6645: Frank, Staatssekretär AA, an Christian Wallenreiter, Intendant des BR, ohne Betreff, 12.3.1971; Frank an Wallenreiter, ohne Betreff, 2.4.1971.

⁷² HA-BR, HF 15881: Gerhard Bogner an Italienische, Spanische und Griechische Redaktion, ohne Betreff, München, 19.5.1971.

⁷³ Vgl. Bayerischer Rundfunk, *Die Ausländerprogramme* (Anm. 39), S. 99.

⁷⁴ Ebd., S. 85f.

Wenige Monate später, Ende September 1972, gingen Intendant Wallenreiter und Hörfunkdirektor von Cube in den Ruhestand. Letzterer hatte kurz zuvor überraschend die vorläufige Einstellung aller politischen Kommentare im spanischen und griechischen Programm angeordnet. Dies fand in der deutschen Presse ein großes Echo und wurde als Sieg der autoritären Kräfte dargestellt.⁷⁵ Möglicherweise stellte der Schritt den verzweifelten Versuch dar, die Existenz der griechischen und spanischen Sendungen zu sichern. Trotz der in diesem Punkt dürftigen Quellen weist alles darauf hin, dass innerhalb der ARD die Neigung wuchs, das gesamte Ausländerprogramm wegen der kontinuierlichen Konflikte aufzulösen bzw. es dem DLF oder der DW zu überlassen. Anfang September 1972 sollte eine Konferenz der ARD-Hörfunkprogrammleiter stattfinden, die über die Zukunft des Ausländerprogramms zu entscheiden hatten. Durch das einige Wochen davor veranlasste „Kommentarverbot“ dürfte von Cube versucht haben, erneute politische Reaktionen zu vermeiden, die seine Position bei der Konferenz geschwächt hätten.



Walter von Cube (links), Hörfunkdirektor des Bayerischen Rundfunks, und Gerhard Bogner, Senderleiter und Leiter des Ausländerprogramms (November 1966)

⁷⁵ Vgl. HA-BR, HD 1167: BR, Pressestelle, „Presse-Echo zum Thema Gastarbeitersendungen. Abgeschlossen am 25.9.1972“.

Die Hörfunkprogrammleiter plädierten schließlich für eine Fortführung des Ausländerprogramms: „Die Hörfunkprogrammkonferenz bekräftigt erneut ihre Auffassung, daß Sendungen für ausländische Arbeitnehmer notwendig sind. Dieser Aufgabe werden die ARD-Anstalten seit mehr als 10 Jahren qualitativ und quantitativ in einer Weise gerecht, die weit über die Praxis in anderen Ländern hinausgeht. Die Hörfunkprogrammkonferenz stellt fest, daß es sich bei den Programmen für ausländische Arbeitnehmer um Sendungen in der ausschließlichen Verantwortung der deutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten handelt. Auch die Sendungen für ausländische Arbeitnehmer unterliegen den Rundfunkgesetzen [...] der deutschen Rundfunkanstalten. Jeder Versuch der Einflußnahme, von welcher Seite auch immer, ist deshalb unstatthaft und muß zurückgewiesen werden.“⁷⁶

Doch blieb der politische Druck auf das Ausländerprogramm nicht ohne Folgen. Von Cubes Nachfolger Gunthar Lehner und der neue Intendant Reinhold Vöth, die ihre Ämter am 1. Oktober 1972 antraten, wollten weitere politische Schwierigkeiten durch die Ausländerprogramme vermeiden. Zwar konnten Bakojannis, Moral und Moll Marqués beim BR bleiben. Doch Bogner, der überhaupt erst die Grundlagen für eine eigenständige Tätigkeit und kritische Positionierung der ausländischen Journalisten geschaffen und aufrechterhalten hatte, wurde als Leiter des Ausländerprogramms abgesetzt.⁷⁷ Sein Nachfolger Walther Stelzle gestaltete die Sendungen politisch zurückhaltender und führte etwa mit den spanischen Behörden Gespräche über eine „Normalisierung“ im Umgang mit der Franco-Regierung.⁷⁸ Die in Spanien verbotene, sozialdemokratisch orientierte Gewerkschaft „Union General de Trabajadores“ teilte dem DGB ihre Sorge über die Entpolitisierung der spanischen Sendung des BR mit, deren Hauptgewicht sich auf soziale Betreuung, Unterhaltung und Allgemeines verlagert habe.⁷⁹ Kurze Zeit später fand Spanien wie Griechenland den Weg zurück zur Demokratie.

Durch die Sendung, die der WDR ab 1970 für „Jugoslawen“ produzierte, entstanden zumindest in den ersten Jahren keine diplomatischen Spannungen bzw. kein Regierungsdruck auf den deutschen Rundfunk. Mitte 1973 berichtete der WDR zufrieden, dass die jugoslawische Botschaft „noch nie gegen eine Sendung protestiert hat[te], obwohl [...] auch über die politischen Prozesse in Jugoslawen berichtet [wurde]“.⁸⁰ Allerdings würden sich auch gegenüber dem

⁷⁶ DRA, A22: „Auszug aus der Niederschrift über die Arbeitssitzung der ARD am 19./20. September 1972 in München“.

⁷⁷ Bogner verließ das Ausländerprogramm im Februar 1973. Er blieb BR-Sendeleiter; diese Tätigkeit hatte er bis dahin parallel ausgeübt. Vgl. die private Schrift von Gerhard Bogner, „Das Ausländerprogramm im Bayerischen Rundfunk. Rückblick nach Tagebüchern im Mai 2004“.

⁷⁸ Bayerischer Rundfunk, *Die Ausländerprogramme* (Anm. 39), S. 121.

⁷⁹ Ebd., S. 119f.

⁸⁰ BAK, B145 6644: Vortragspapier von Franz Kusch, „Von der Information zur Integrationshilfe. Die Entwicklung der ARD-Programme für ausländische Arbeitnehmer“, 23.5.1973.

WDR Einflussversuche bzw. anonyme Einschüchterungsversuche durch unterschiedliche jugoslawische Gruppierungen häufen.

Diplomatische Beschwerden gab es hingegen zur türkischen Sendung des WDR, die schon seit Mitte der 1960er-Jahre von unterschiedlichen Zeitungen in der Türkei auf das Schärfste angegriffen wurde.⁸¹ 1972 klagte die türkische Regierung gegenüber der Bundesregierung, das türkischsprachige WDR-Programm sei von den Sendungen aus Ost-Berlin kaum zu unterscheiden, und bat darum, dass die WDR-Sendungen „nicht zu einer Belastung der Beziehungen zwischen beiden Ländern würden. Es könne und dürfe nicht Sinn dieser Sendungen sein, die türkischen Gastarbeiter gegen die Verhältnisse in der Heimat aufzubringen.“⁸² Vermutlich gab es um die türkischen und jugoslawischen Sendungen keine vergleichbaren Konflikte wie um die spanischen und griechischen. Allerdings kann die Entwicklung im Laufe der 1970er-Jahre nicht genauer verfolgt werden, da die meisten Quellen noch nicht zugänglich sind.

3. Fazit

Die Einführung der „Gastarbeitersendungen“ bei der ARD sowie die staatliche Finanzierung von „Gastarbeiterzeitschriften“ sind als Reaktionen auf kommunistische Propaganda zu betrachten. So spielten politische Interessen eine entscheidende Rolle in der Entstehung der ersten fremdsprachigen Medien für Migranten in der Bundesrepublik. Der Kalte Krieg blieb in der politischen Legitimation jener Sendungen und Zeitschriften für geraume Zeit zentral. Die inhaltliche redaktionelle Arbeit richtete sich aber nicht in erster Linie nach der Ost-West-Konfrontation, die auch für die üblichen deutschen Medien als „normaler“ politischer Alltag galt. Anfang der 1970er-Jahre, als sich durch Willy Brandts Ostpolitik eine gewisse politische Entspannung abzeichnete, stellte die Bundesregierung die Förderung der fremdsprachigen Presse ein. Den Programmen der ARD wurde dagegen auf sozialpolitischer Ebene eine wichtige Aufgabe zuerkannt.

Bis zur Etablierung des Satellitenfernsehens Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre⁸³ erreichten die fremdsprachigen Radiosendungen für Arbeitsmigranten in der Bundesrepublik eine große Hörerschaft, da sie – neben

⁸¹ BAK, B145 6646: Erich Rotter, WDR, an Anneliese Kaltenbach, BPA, „Verleumdungskampagne türkischer Zeitungen gegen den WDR“, Köln, 2.3.1966.

⁸² BAK, B145 6646: Vermerk AA, „Gastarbeitersendungen des Westdeutschen Rundfunks in türkischer Sprache“, Bonn, 9.6.1972.

⁸³ Das umfangreiche Angebot an Programmen aus den Herkunftsländern, die über Satellit für die Zuwanderer zugänglich gemacht wurden, ist als Hauptursache für die niedrigen Hörerquoten des Ausländerprogramms in den 1990er-Jahren anzusehen. Vor allem deswegen wurden die von der ARD bundesweit ausgestrahlten Sendungen 2004 gestrichen, während beispielsweise der WDR unter dem Namen „Funkhaus Europa“ weiterhin fremdsprachige Programme produziert.

den seltener ausgestrahlten Fernsehsendungen – das einzig zugängliche fremdsprachige Rundfunkangebot darstellten. In diesem Zusammenhang war das Ausländerprogramm zentral für die Information und Unterhaltung der Zuwanderer. Die Sendungen verlangten innovative mediale Konzepte, weil so gut wie keine Vorbilder vorhanden waren.

Die Kontroversen zwischen den Redaktionen der Ausländerprogramme einerseits und den ausländischen autoritären Regierungen andererseits belasteten die Entwicklung der Sendungen stärker als der Kontext des Kalten Krieges. Insbesondere die kritische Haltung der ausländischen Journalisten beim BR führte zu massiven außen- und innenpolitischen Angriffen gegen die Sendungen, die beinahe ihre Auflösung bewirkt hätten. Anders als bei den üblichen Dissidentenorganisationen im Exil erreichte jene journalistische Kritik, wenn auch nur auf deutschem Boden, Hunderttausende spanische und griechische Bürger, was in den Augen der Heimatbehörden besonders gefährlich erschien. Aus außenpolitischen Gründen unterstützte die Bundesregierung grundsätzlich die Beschwerden Spaniens und Griechenlands und geriet damit in einen Konflikt mit den deutschen Rundfunkanstalten; dabei ging es auch um die allgemeinere Problematik der Unabhängigkeit des Rundfunks vom Staat.

Für die Bundesregierung entwickelte sich die Berichterstattung für Zuwanderer aus autoritär regierten Staaten zu einem Dilemma, das die Grenzen einer vermeintlich „neutralen“ Haltung der Bundesrepublik gegenüber der politischen Lage in den Herkunftsländern zeigte. Es handelte sich um einen Widerspruch zwischen den in der Bundesrepublik und in den südeuropäischen Staaten geltenden zivilen Rechten. Journalisten wie Gerhard Bogner, Pavlos Bakojannis, José Moll Marqués und Manuel Moral bewiesen trotz des politischen Drucks ein hohes Maß an Zivilcourage, indem sie gegenüber den südeuropäischen Diktaturen öffentlich Position für die Demokratie bezogen.

Die Auseinandersetzungen um die Medien für Migranten vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und die Kontroversen mit den europäischen Diktaturen waren durch einen gemeinsamen Faktor verbunden: Migration überschritt die etablierten Medienräume, die im untersuchten Zeitraum noch vornehmlich national organisiert waren. Migration stellte eine Irritation dar, die das politische und mediale System mit neuen inter- und transnationalen Problemlagen konfrontierte. Dabei wurden die tiefen Spaltungen des damaligen Europas noch stärker bemerkbar. Heute erkennen wir internationale Wanderungsbewegungen in zunehmendem Maße als normale – teils freiwillige, teils erzwungene – Erscheinung europäischer und globaler Zeitgeschichte. Dennoch erweist sich das Verhältnis zwischen (alten wie neuen) Medien, Migranten und Politik weiterhin als brisanter Punkt des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Fotos: privat/Materialsammlung des Autors

Roberto Sala, Skalitzer Str. 49, D-10997 Berlin, E-Mail: rsala@zedat.fu-berlin.de